

# Cüberer Volksbote

## Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Cüberer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementssatz beträgt bei Abrechnung durch die Auszüger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die schriftgefasste Botschaft oder deren Raum 60 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

### Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 22.

Montag, den 27. Januar 1919.

26. Jahrg.

## Die Arbeitslosigkeit.

Von Erwin Barth.

Seit dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands steht uns der wirtschaftliche Zusammenbruch vor Augen. Seit jener Zeit weiß man, daß in den deutschen Großstädten Hundertausende von Arbeitslosen sich häufen und daß Millionen Männer und Frauen im ganzen Reiche ohne Erwerbsmöglichkeit und ohne Aussicht auf Arbeit auf der Straße stehen würden. Seit jener Zeit beschäftigt man sich auch darmit, das zu schaffen, was zum Schutz der Arbeitslosen und unserer Wirtschaft nötig ist.

Das Demobilmachungsamt hat einen großen Stab von Beamten, der sich dieser Aufgabe widmen soll. Geschehen ist bisher nichts Positives; man ist über das Stadium der Beratungen noch nicht hinausgekommen und hat sich lediglich darauf beschränkt, durch Wort und Schrift moralisch auf die Arbeitslosen einzutwirken und die Arbeitslosenfrage mit Hilfe der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenunterstützung zu lösen. Da reicht aber heute nicht mehr aus. An die neuartige Erscheinung unserer Arbeitslosigkeit muß mit anderen als den gewohnten Mitteln herangegangen werden.

Es ist eine Erkennung des Charakters dieser katastrophalen Arbeitslosigkeit, wenn man sie mit dem Nachlaß, der bei früheren Industrie Krisen getroffen war, behandelt will.

Die früheren Industrie Krisen waren Überschwemmungen. Die regellose kapitalistische Produktion und die unregelmäßige Austauschform kamen miteinander in Konflikt. Wenn der Markt mit Industrieprodukten überfüllt war und die Aufträge für die Fabriken ausblieben, würden Hunderttausende von Menschen aus dem Produktionsprozeß herausgeschleudert. Die Überschwemmung von Produkten, der große allgemeine Reichtum gerade in jenen Zeiten gestalteten uns Selbstunterstützungen in jedem Umfang. Zudem hat die Intensivierung unserer Wirtschaft auf fortgesetzten Ausbau unseres Verkehrswesens gedrängt, und die Bereitstellung von Rostandsarbeiten erhielt als durchaus nützliche und notwendige Korrektur des Missverhältnisses zwischen Beschäftigungslosigkeit und Arbeitsangebot.

Die heutige Arbeitslosigkeit ist aber nicht aus Überschwemmung entstanden, sondern ist eine Folge der ungeheuerlichen Verarmung und Erschöpftheit unseres Wirtschaftslebens. Vor allem mangeln die Rohstoffe. Die Produktion im Kohlenbergbau ist so stark gesunken, daß selbst bei Vorhandensein aller industriellen Rohstoffe ein sehr großer Teil der Fabriken arbeitsunfähig wäre. Dazu kommt noch die Verkehrsnot, die die Situation verschärft.

Es besteht leider auch gar keine Aussicht auf völlige Erfüllung des Arbeitsmarktes. Denn was wir während der vierjährigen Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt und dadurch, daß im Ausland Industrien großgeworden sind, produktionsfähig geworden sind, in denen wir früher ein Monopol für die ganze Welt hatten, an ausländischer Kundshaft verloren haben, wird niemals restlos wieder gewonnen werden können. Wir müssen also dauernd mit industrieller Produktionsverminderung gegenüber dem Friedenstand rechnen. Sind wir nicht mehr in der Lage, industriellen Produktionsüberschuß in früherem Umfang an das Ausland abzugeben, so können wir auch nicht damit rechnen, daß uns das Ausland den früheren Gegenwert in Lebensmitteln zuführt. Unsere gegenwärtige Landwirtschaftliche Produktionsfläche reicht aber nicht aus, um Siebzig-Millionen-Volk zu ernähren. Der gegenwärtige Umsatz der in Deutschland erzeugbaren Landwirtschaftsprodukte muß zu den übelsten Hungerschrecken und zur Zerstörung großer Teile unserer Volkstrafe führen.

Es gibt nur zwei Wege, diesem Elend auszuweichen:

vor dem Kriege haben wir durch die großartige industrielle Entwicklung Deutschlands die Auswandererziffern auf ganz unerhebliche Größe herabdrücken können. Wir haben nicht

mehr Menschen, sondern die Produkte der Hände dieser Menschen ins Ausland geführt. Die Auswanderung von Industriearbeitern wäre also der eine Weg, aber der schlechtere und schwierigere. Der andere Weg ist: den Überschuß an Arbeitskräften, der in der Industrie nicht wieder untergebracht werden kann, mit dem Überschuß an wild- und brachliegenden Ländereien, die kultivierbar gemacht werden können, in Verbindung zu bringen und so die industrielle Verarmung Deutschlands durch Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion wettzumachen. Man darf die Augen nicht vor der leider fertigen Tatsache verschließen, daß eine gewisse Rückentwicklung Deutschlands in der Richtung auf den Agrar-

staat unausbleiblich wird.

Dieser Umstand läßt auch die Bereitstellung von Notstandsarbeiten zur Linderung der gegenwärtigen Krise als ungeeignetes Mittel und Kraftverwendung erscheinen. Denn für den Umfang der künftigen industriellen Wirtschaft Deutschlands ist das, was zur Stunde vorhanden ist, vollkommen ausreichend.

Die einzige Möglichkeit, ausbringend die gegenwärtig brachliegenden Arbeitskräfte zu beschäftigen, und die weitere totale Wertvernichtung durch Arbeitslosenunterstützung ohne Gegenleistung zu vermeiden, ist, die Arbeitslosen zur Herstellung neuer Felder und Wiesen und die Verbreiterung

des Nahrungsmittelproduktionsraumes des deutschen Volkes nutzbar zu machen, und damit an Stelle von Arbeitslosenunterstützung den Arbeitslohn zu setzen.

Dazu ist aber nötig, daß man sich endlich von den Gebrüder verstaubter Altenbüdels und von der langatmigen Verhandlungsweise professoraler Unternehmungen frei macht. Hier muß frisch ins Werk gegripen werden, wenn nicht unerhebliche Werke für immer verloren gehen sollen. Ein paar arbeitslustige, energische, unterrichtete und von Verantwortlichkeit erfüllte Männer müssen diktatorisch und frei von allem angeschäfsten Altenwert eine Organisation aufzuziehen. Ihre Vollmachten müssen sie in die Lage versetzen, sich sofort alles Notwendige an Plänen und Unterlagen zu beschaffen. Mit der Bureaucratie ist in dieser Angelegenheit nichts mehr zu erreichen. Mit ihr verrennen wir uns immer weiter in die Sackgasse und in den Zusammenbruch.

Wer aber will den Zusammenbruch verantworten? Und wer von allen Männern, die ein Herz im Leibe haben, erkennt in ihm nicht das Fürchterlichste und die Vernichtung aller Zukunftshoffnungen? Wir haben mehr als zwei Monate beraten, verhandelt, geredet, geschrieben und schöne Sätze gebaut.

Jetzt aber heißt es handeln, handeln, handeln, ehe es zu spät ist.

## Staatenkonferenz zur Reichsverfassung.

Unter dem Vorstoß Eberts saß gegenwärtig im Reichskanzlerhaus die Konferenz der Reichsleitung mit den Vertretern der Einzelstaaten, die sich über die neue Reichsverfassung einstimmig machen soll. Etwa 100 Vertreter sind anwesend.

Die Diskussion wurde vom Staatssekretär des Innern Preuß eingerichtet, der sich zunächst auf den ersten Teil des Entwurfs, die Frage der Aufteilung Preußens und der Unionserlegung der kleineren Bundesstaaten beziehte. Der Widerstand gegen die Beteiligung der Hegemonie Preußens liegt lediglich im Interesse der Vorkämpfer des alten monarchischen Regiments. Das Besseren auf alten, historisch gewordenen Hausmächten bei reaktionär, die Republik könnte an diesen alten Gebilden nicht festhalten. Die Diskussion sei durch die Wahltagilation vom Sachlichen absehbar, und die Demokraten, das „Ringen an der Waage“, hätten sich offenbar von einer gewissen Wahlangst, hervorgerufen durch die Angriffe der Konserver, beeinflussen lassen.

Hirsch (Preußen) erkennt an, daß das Reich einheitlicher gestaltet werden müsse und veracht die beabsichtigte Neugruppierung, diese gehe aber auf Kosten Preußens zugunsten der Süddeutschen Staaten zu weit.

Eisner (Bayern) brachte in angedächtem Einverständnis mit anderen Bundesstaaten den Entwurf eines Notgegesetzes ein, das nach seiner Meinung die ganze Diskussion überflüssig machen sollte. Es handelt sich dabei um eine Art Rahmengesetz. Eisner wies Eisners Antrag, als der Zuständigkeits der Nationalversammlung vorgreifend, zurück. Eisners Vorstoß der vielfach als Absicht der Sabotierung ausgeführt wurde, mißlang.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen stellte sich heraus, daß sich Eisner, in Erkenntnis der Situation, für einen Vorstoß, ein Notgebot zu erlassen, auf Sachsen und Württemberg berufen hätte. Die Vertreter dieser beiden Staaten erklärten, daß sie dem Eisner'schen Entwurf nur für den Fall zugestimmt hätten, daß der Preußische Entwurf von vornherein von der Verlängerung abgetrennt werde. Sie hätten nur für den Einheitsantrag Eisner gestimmt, nicht aber einen Vorstoß gegen den Preußischen Entwurf annehmen wollen.

Wolfgang Heine wandte sich als anhaltinischer Minister ziemlich scharf gegen den Preußischen Entwurf. Er befürchtet, daß dadurch das deutsche Volk geplagt und Willkürlichkeiten begangen würden, welche dem Verfassungswerk als Ganzem schaden.

Die Nachmittagsitzung zeigte, daß eine starke Tendenz zum Einheitsstaat vorhanden ist, daß aber die Schwierigkeiten, welche dieser Lösung im Wege stehen, als sehr groß empfunden werden und tatsächlich auch so groß sind, daß eine radikale Entwicklung nicht wahrscheinlich ist.

Zum Einheitsstaat bekannte sich besonders warm das Mitglied der Reichsregierung Landsberg. Als ein besonders bedenkliches Symptom für den noch immer grausierenden Partikularismus bezeichnete er den Umstand, daß die Kriegsgewinnsteuer nicht einheitlich durchgeführt werden könne, sondern durch Widerspruch Bayerns erhebliche Einschränkungen erlebt.

Auch der preußische Minister für Handel und Industrie, Fischbeck, bekannte sich als Unitarier.

Volksbeauftragter Ebert regte darauf an, daß, da die Regierung entschlossen sei, sofort nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung ihre Poststellen und der Nationalversammlung zu stellen und der Nationalversammlung als erste Aufgabe die Errichtung einer neuen Reichsregierung zu überlassen, hente eine Kommission eingesetzt werde, der die Vertreter aller deutschen Freistaaten angehören sollen und die alle in der heutigen Sitzung gegebenen Anregungen verarbeiten möge. Diese Anregung verbreitete sich zu folgendem Antrag:

Unter dem Vorstoß des Staatssekretärs des Innern Dr. Hugo Preuß tritt Sonntag eine Kommission zusammen, der je ein oder mehrere Vertreter der deutschen Freistaaten angehören würden, um den Entwurf eines vorläufigen Grundgesetzes zu verarbeiten, welcher der Nationalversammlung zur sofortigen Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Das Grundgesetz sieht lediglich die Einziehung einer Befreiung, die Bildung eines Reichsministeriums und die Mitwirkung der Regierungen der Freistaaten bei der Nationalversammlung vor. Der Kommission wird weiter der vorläufige Verfassungsentwurf zur Beratung überwiesen. Die Berichte der Kommission geben an die Reichsleitung.

In seinem zukommenden Schlussbericht erklärte sich der Staatssekretär des Reichs amts des Innern, Dr. Preuß, von der Ansprache im großen und ganzen bestredigt. Er ist der Überzeugung, daß sich ein Ergebnis, wenn alle vorgetragenen Einwände in angemessener Weise berücksichtigt werden, ihnen fassen werde. Auch es hängt nicht an den Einzelheiten seines Entwurfs. Die Reichsregierung habe sich ja auch niemals in bindender Weise zu diesem bekannt. Es wäre ja auch unmöglich, eine Verfassung zu schaffen, die sofort allen Beteiligten in Nord und Süd zugute würde. Über da aus allen Ausführungen ersichtlich war, daß man zu einem Ergebnis kommen sollte, und da über Ausführungen der Gedanke der nach Möglichkeit festzustellenden Reichseinheit zu grunde lag, so ist auch die Hoffnung begründet, daß auch schon in der einzulegenden Kommission ein bedeutender Fortschritt erzielt werden kann.

Die von Ebert beantragte Einziehung wurde einstimmig angenommen.

Außer dem Entwurf des Staatssekretärs Dr. Preuß wurde folgender Entwurf Württembergs der Kommission zur Beratung überwiesen:

1. Württemberg lehnt ein zentralisiertes Reich ab und hält daran fest, daß der Charakter der Bundesstaaten im wesentlichen erhalten wird, über einzelne Kompetenzen kann man sich mit der Reichsregierung unterhalten.

2. Württemberg ist weiter der Ansicht, daß Vorchriften wie sie im Paragraph 12 des Entwurfs enthalten sind, nicht ohne Aufzähmung der Bundesstaaten in die Reichsverfassung aufgenommen werden.

3. Württemberg geht davon aus, daß Preußen im wesentlichen erhalten bleibt. Sollte eine Verlegung Preußens eintreten, so würde das die Errichtung einer zentralen Reichsregierung bedeuten, was dem Ende der Bundesstaaten gleichkäme und diese zu Selbstverwaltungskörpern höherer Art herabdrücken würde. Das Vereinen dieses Weges würde aber zum Verfall des Reiches führen, dessen Einheit allein durch die föderative Verfassung verbürgt ist.

## Die Friedenskonferenz.

Gegen neue gewalttame Gebietsbesetzungen wandte sich der oberste alliierte Kriegsrat unter Beisein von Wilson. Ein Einigungspruch bejaht, die Konferenz, die neuen dauernden Teilen Europas und des Orients nochmals Gewalt angewendet wurde, um von Gebieten Besitz zu ergreifen, über deren rechtliche Befreiung die Friedenskonferenz sich äußern soll. Die Regierungen erlassen daher eine seierliche Wahrung und beweisen, daß jeder durch Gewalt erworbene Besitzstand den betreffenden größten Schaden bringt werden.

Die Wahrung richtet sich offenbar gegen Polen, Tschechen und Rumänen, die jetzt so kampflos aus der Reihe tanzen.

Der interalliierte Kriegsrat beschloß die Erneuerung eines interalliierten Zuschlusses, der fest eben soll, wieviel Streitkräfte im mobilen Zustand verbleiben.

Über die Frage der Entschädigung sind die britischen Vorschläge fertiggestellt. Sie mit der Arbeit beauftragten Beamten des Finanzministeriums haben eine ungeheure Menge Informationen über Deutschlands industrielle und kommerzielle Hilfsmittel gesammelt, die der Konferenz bei der Schätzung der Summe, die Deutschland zahlen kann, sehr zufließen kommen werden. Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist die Frage der internationalen Häfen, Flüsse und Eisenbahnen.

Dabei liegt die Absicht vor, den neuen Nationen, z. B. Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn usw., die keine Seegrenze haben, Gelegenheit zu schaffen, ihren Handel zu entwickeln. Wenn Danzig z. B. deutsch wieder soll, dann müssen die Polen eine freie Verbindung des Hafens für ihren Handel erhalten, ohne durch Einfuhrzölle oder andere Zölle behindert zu werden, welche durchaus den prinzipiellen Anteil bei den Hafenosten überstreichen. Saloniki soll in gleicher Weise für die Serben, Istanbou für die Ungarn offen stehen.

Der Bosporus und die Dardanellen, so wird vorgeschlagen, sollen unter internationaler Aufsicht stehen. Im Interesse aller Nationen, speziell derjenigen, welche keine Häfen an der Nordsee haben, liege es, daß der Rhein für die Handelsfahrt frei werde. Die Donau ist ein anderes Beispiel eines internationalen Flusses. Künftig sollen die kleinen Staaten durch internationale Bestimmungen gegen eine Verdrängung ihrer Rechte geschützt werden. Auch bei den internationalen Eisenbahnen besteht die Absicht, das gleiche Recht für den Handel aller Nationen zu sichern. Der Strecke Berlin-Bagdad habe der Krieg ein Ende gemacht. Hier entstehe eine türkische Eisenbahn.

## Die Wahlen in Preußen.

Die gestrigen Wahlen zur preußischen Landesversammlung haben sich, soweit bisher bekannt geworden ist, durchweg in voller Ruhe und ungestört vollzogen. Die Wahlbeteiligung scheint in den meisten Orten eine wesentlich geringere gewesen zu sein. Das macht sich auch in Berlin bemerkbar, wo der Andrang zu den Wahllokalen bei weitem nicht den Umfang annahm, wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Zudem die Frauen sollen sich, wie aus einer Reihe von Orten berichtet wird, in weit geringerer Anzahl beteiligt haben. Die Wahlergebnisse werden größtenteils erst später festgestellt werden können, da in den meisten Orten die Zählung der Stimmen erst am heutigen Montag erfolgt. Die geringere Anteilnahme an den Wahlen ist außerordentlich bedauerlich, denn die demokratische Selbstverwaltung wird das deutsche Volk recht oft zur Wahlurne rufen müssen. Schon im Laufe des Monats Februar werden überall in Deutschland die Gemeindewahlen nach dem Reichstagswahlrecht stattfinden haben. Ein oder zwei Monate später wird das deutsche Volk nach Verabschiedung der Verfassung den Präsidenten zu wählen haben und nicht allzu lange darauf ist noch der konstituierende die ordentliche legislative Nationalversammlung zu wählen. Dann muss das Volk auf dem Posten sein und dieselbe Partei hat die meisten Aussichten, im künftigen Deutschland das entscheidende Wort zu sprechen, deren Anhänger politisch am stärksten sind und am ausdauerndsten ihrer Wahlpflicht genügen.

### Einzelne Wahlergebnisse.

**Altstädt.** Sozialdemokraten 36 341, Unabhängige 3858, Deutsche Demokratische Partei 16 903, Deutsche Volkspartei 526, Bauernbund 1, Deutsch-national 3043, Zentrum 1323 Stimmen.

**Neumünster.** Liste Greco (Soz.) 11 057, Liste Siemen (D. D. P.) 5133, Görke (D. D.) 323, Frahm (D. D. P.) 576, Hafner (Str.) 561, Hansen (U. S.) 254 und Iversen (D. D.) 4 Stimmen.

**Stade.** 1839 Stimmen für die sozialdemokratische Liste, 711 für die Deutschen Demokraten, 679 für die Deutsche Volkspartei, 639 für die Weißen, 179 für die Deutsch-nationale Volkspartei und 43 für das Zentrum.

**Ostpreußen (Teilergebnisse):** Soz. 2354, D. D. P. 119, D. D. P. 1428, Deutschnat. 1104, Zentrum 154.

**Mecklenburg-Stadt:** Soz. 690, D. D. P. 1051, D. D. P. 4, Deutschnat. 244, Zentrum 20.

**Iversen:** Soz. 2116, D. D. P. 1096, D. D. P. 221, Deutschnat. 104, Zentrum 14.

**Witten:** Soz. 1071, D. D. P. 1078, D. D. P. 97, Deutschnat. 115, Zentrum 3, Bauernbund 85.

**Alpenrade:** Soz. 1315, D. D. P. 1626, D. D. P. 429, Deutschnat. 253, Zentrum 24, Bauernbund 330.

**Schwarzenbeck:** Soz. 521, D. D. P. 531, Deutsch-national 104.

**Bauersburg:** Soz. 1403, D. D. P. 1017, U. S. P. 236, D. D. P. 8, Deutschnat. 48.

**Oldesloe.** Das gesamte Wahlergebnis in der Stadt Oldesloe beträgt: D. Demokratische Partei 1204, Deutsche Volkspartei 211, Deutsch-nationale Volkspartei 173, Sozialdemokratische Partei 1258, Christliche Volkspartei 82, Bauern- und Landarbeiterdemokratie 8.

**Isehac:** D. Demokr. P. 2906, D. Volksp. 1086, Deutschnat. Volksp. 715, Zentrum 56, Soz. P. 5029, U. S. P. 180, Bauern-demokratie 46.

**Kiel.** Demokr. 28 118, D. Volksp. 12 824, Zentrum 543, D. Demokr. Volksp. 7756, Soz. 56 817, Unabh. Soz. 6709, Bauern-demokraten 183.

**Schleswig-Stadt:** Demokr. 2924, D. Volksp. 1113, D. Nat. P. 386, Soz. 3037, Unabh. Soz. 42, Zentrum 79, Bauernbund 25.

**Kreis Süderstedt.** D. Demokr. P. 1939, D. Volksp. 56, Zentrum 10, D. Nat. P. 456, Soz. 1870, Unabh. Soz. 28, Bauern- und Landarbeiterdemokratie 1320.

**Mortorf.** D. Demokr. P. 518, D. Volksp. 156, Zentrum 4, D. Nat. P. 50, Soz. 726, Unabh. 1, Bauern-demokr. 16.

**Segeberg.** D. Demokr. P. 958, D. Volksp. 305, Zentrum 2, D. Nat. P. 110, Soz. 1048, Unabh. 35, Bauern-demokr. 11.

**Garding.** D. Demokratische P. 126, D. Volksp. 25, Zentrum 4, D. Nat. P. 50, Soz. 260, Unabh. Soz. 1, Bauern-demokr. 3.

**Tönning.** D. Demokratische P. 542, D. Volksp. 124, Zentrum 6, D. Nat. P. 48, Soz. 363, Unabh. 423, Bauern-demokr. 2.

**Hadersleben.** D. Demokr. P. 597, D. Volksp. 718, D. Nat. P. 270, Zentrum 36, Soz. P. 1465.

## Die Kolonien.

Ein eindrückliches Starthus über Deutschiens Kolonialpolitik und Kolonialbehandlung in Südwestafrika hat bei der englischen Presse das Ergebnis erzielt. Deutlich wird, dass unwürdig, einzig Kolonien zu beladen. Das Reichskolonialamt hat nunne gegenwärtig erzielten lassen, in dem das englische Starthus als Tendenzschrift gekennzeichnet wird. — Wir haben eine Urtat, die unter dem Kaiserlichen Regime betrieben wurde, geboren politisch zu verteidigen. Die Sozialdemokratie ist im Reichstag stets gegen diese Politik ausgetreten. Sie steht volkssouverän militärisch, wirtschaftskapitalistisch, zentralistisch und imperialistisch verblödet wirkte. Wir können sie auch keinen Anhalt finden, der die britischen Kapitalisten in einem Licht zeigte. Die Ausbeuter sind fast überall gleich, höchstens sprüche zugunsten der Engländer, doch sie ihren unverhohlenen Földern gegenüber gewiss Rechte querstanden, um die Durchsetzung einer jener Wege vorzunehmen, als es die anderen taten, die nur mit plumper Gewalt regieren konnten. Das Ergebnis hat sich keiner etwas vorgeworfen.

**The Times** meldet aus Paris: Bei den Verhandlungen über die Kolonien, erzählt Sauss im Namen der Südafrikaner Anspruch auf Deutsches-Südwestafrika. Über einen Punkt herrscht vollständiges Einverständnis. Großbritannien ist bereit, sich für Togo, Kamerun und Südafrika mit irgendwelcher Form von Neutralisierung zu begnügen. Dasselbe brachte man nur noch darüber zu stimmen, was mit den Samoas sein soll und den Bagdad-Zug. Es sei gelungen, das für die Teilung dieser Teile des Reichsgebietes bestimmt zu sein, dass es nach darüber zu stimmen, ob die Kolonien und Marinen erhalten.

Nach Kennt sie die britischen Delegierten bereit, solche Probleme, wie die Zukunft Republikans und Palästinas, sowie die deutschen Kolonien an den Sozialen Frieden zu verweisen.

## Eine Braunschweiger Konferenz

verhandelte über die Schaffung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik. Als Bevollmächtigte der Landesvertretungen und der Landes-Arbeiter- und Soldatenräte der Republik Hamburg, Anhalt, Braunschweig und sonstiger interessierter deutscher Gebiete nahmen an der Konferenz 50 bis 60 Abgeordnete teil. In einer Entschließung heißt es u. a.:

„Die Konferenz der L. u. S. Räte von Westdeutschland erklärt, der Bericht über die politische Lage und der Austritt der Nationalwahlen hat klar erwiesen, dass das Werk der Revolution nur gesichert werden kann, wenn die L. u. S. Räte die politische Macht in Händen behalten. Die Demokratisierung und die Sozialisierung kann nicht das Werk einer Partei sein, welche die bürgerlichen Kräfte auslöst und organisiert zum Niederwerken der Revolution. Sie kann auch nicht das Werk der bürgerlichen reaktionären Nationalversammlung sein.“

Die L. u. S. Räte Westdeutschlands verpflichten sich daher untereinander, die politische Macht nicht aus den Händen zu geben. Sie werden die politische Macht, die sie von den revolutionären Arbeitern und Soldaten erhalten haben, so lange zu halten, bis das Werk der Revolution vollkommen gesichert ist.“

Der braunschweigische Volksbeauftragte Oberster legte eine

Resolution vor, die für Westdeutschland wirtschaftliche, in sich geschlossene, möglichst auf historischer Grundlage beruhende sozialistische Freistaaten fordert, die unter Regierungen von L. u. S. Räten stehen. Wo es möglich ist, ist an den Einwohnerzahlen von mindestens 2 Millionen als Mindestgrenze festzuhalten.

Die einzelnen Staatengebilde haben wir seinerzeit mitgeteilt. Sollte es möglich sein, diese sozialistischen Freistaaten zu bilden, so werden sich dieselben zu einer Vereinigung der westdeutschen sozialistischen Freistaaten zusammen schließen; als Bundeshauptstadt könnte Kassel in Betracht kommen. Es muss von einer sozialistischen Reichsregierung verlangt werden: 1. das siehende Werk sofort aufzulösen und durch eine Volksmehrheit zu ersetzen, 2. das System der Räteregierungen in ganz Deutschland zu festigen, 3. alle Personen aus der Regierung zu entfernen, die sich während des Krieges und der Revolution kompromittiert haben.

Sollte die Regierung nicht auf die Forderungen der vereinigten westdeutschen Freistaaten ein, dann erklärt sich die Vereinigung als selbstständig und unabhängig von der Berliner Regierung. Sie wird sofort mit der Entente einen Friedensabschluss suchen. Die Vereinigung der sozialistischen Freistaaten Westdeutschlands wird alsbald an die süddeutschen Staaten sowohl wie an alle sozialistischen Freistaaten Deutschlands, die sich ihrer Sache anschließen wollen, einen Aufruf zur Bildung eines Deutschen Reiches auf der Grundlage des Systems der Räteregierungen richten und mit dem Ausland als selbstständiger Staat in Verbindung treten.“

Man muss schon sagen: die Braunschweiger Unentwegten thronen im Wollenkudusheim. Bilden sich diese „Volksführer“ wirklich ein, die Entente werde mit ihnen separat verhandeln, oder treiben sie mit dem niebergetretenen Volke bewusst Schindluder?

## Die Streikbewegung.

Die Beamten der Brüder Röhrlschen elektrischen Unternehmungen traten in den Ausstand.

Wie der „Secolo“ mitteilt, sollen in Mainz und alle Gießereien stillstehen. Die Arbeiter verlangen den Achttundenstag, höhere Löhne und eine Vergütung für den freien Sonnabendnachmittag.

32 000 siebenbürgische Bergarbeiter, sämtliche Staatsbeamten Siebenbürgens sowie alle Beamten, Angestellten und Arbeiter des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesens stellten die Arbeit ein, die sie so lange nicht wieder annehmen wollen, bis die Grausamkeiten der Rumänen in Siebenbürgen aufgehören.

Haus meldet eine Ausdehnung des Pariser Streiks: Die Angestellten der Straßenbahn und Autobuslinien sowie die Kondukteure der Metropolelinie und Nord-Süd-Bahn beschlossen einen Streik. Der Streik ist auf allen Pariser Verkehrslinien fühlbar. Fast allgemein ist der Streik auf der Metropolelinie und Nord-Süd-Bahn.

In Spanien legte eine Arbeiterdelegation dem Ministerrat Sideras die Forderung der Arbeiterschaft vor. Diese Delegation verlangt die unverzügliche Annahme folgender Mindestforderungen: achtfürstiger Arbeitstag, Mindestgehalt entsprechend der Lebenssteuerung, Abschaffung der Akkordarbeit, Abrechnung der Zugabe nach begehbarbarem Bodens, der dem Staat oder den Gemeinden gehört, an die landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die großen Fabrikbetriebe in Petersburg, darunter die Butik-Werke und die Mechanischen Werke haben den Ausstand erklärt. 60 000 Mann streiken als Demonstration gegen die Polizeiwelt.

Aus London wird gemeldet: Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass der Generalstreik am 1. Februar zur Ergründung der 40-Stunden-Woche beginnt. Dadurch, dass die Gemeindearbeiter in Glasgow mit den Werkstättern zusammengehen, werden alle öffentlichen Dienste, Licht- und Wasserversorgung und der Verkehr der Straßenbahn lahmgelegt. Nach der Konflikte mit den Landarbeiter Bäckern, die die Abschaffung der Nachtarbeit verlangen, ist noch nicht beigelegt, immer fortwährend die Kunden der Milchländer die Erhöhung einer Preis-

erhöhung und drohen die Milchjahr einzustellen. Die Kesselschmiede auf den Werften in Swanson sind ebenfalls in den Ausstand gerieten.

## Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 27. Januar.

### Das amtliche Wahlresultat.

Die Bekanntgabe des amtlichen Wahlresultats zur Nationalversammlung für den Wahlkreis Mecklenburg-Lübbecke erfolgte am Sonnabend mittag in Schwerin. Es erhielten Stimmen die Listen: Siedler (Soz.) 222 486, Dr. Wendt (Dem.) 125 760, Grafe (Deutschnat.) 58 225, Gaul (Deutsche Volksp.) 18 839 und Meyer (Bauernbund) 10 901. Gewählt sind demokratisch: Siedler, Stelling, Krüger (Soz.), Dr. Wendt und Siedler (Dem.) und v. Grafe (Deutschnat.).

Das Lübecker Wahlresultat gestaltet sich wie folgt: Straßen 10 346, Wendt 20 863, Grafe 6921, Gaul 360 und Meyer 0 Stimmen.

Bei der letzten Reichstagswahl am 12. Januar 1912 entfielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten 15 451, auf den liberalen Kandidaten 11 169 und auf den Konservativen 918 Stimmen. Wir haben unsere Stimmenzahl demokratisch verdreifacht, während die vier anderen Parteien ihre Stimmen nur gut

verdoppelt konnten. Dadurch wird klar zum Ausdruck gebracht, dass der sozialistische Gedanke in der Lübecker Bevölkerung bedeckt an Boden gewonnen hat, trotz der Spaltung innerhalb der Partei und trotz der bedauerlichen Vorgänge, die gewiss auch hier manche Leute davon abgehalten haben, einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben. Getreu dem sozialdemokratischen Programm will die alte sozialdemokratische Partei durch Demokratie zum Sozialismus kommen und in diesem Bestreben hat sie die große Mehrheit der Lübecker Bevölkerung hinter sich. Das bezeugt unser Wahlergebnis, auf das wir stolz sein können.

### Wie haben die Frauen am 19. Januar gestimmt?

Die Frauen bilden nicht nur die größte Zahl der neuen Wähler, sondern der Wählerschaft überhaupt. Ihre Stimmen geben deshalb bei den Wahlen den Ausdruck. Es ist von großem Interesse zu wissen, wie die Frauen das Wahlrecht, das ihnen die sozialistische Regierung in den Schoß geworfen hat, anwenden. Im Wahlbezirk Mecklenburg-Lübbecke haben Männer und Frauen gemeinsam gewählt; es lässt sich nicht feststellen, wen die Frauen in ihrer Mehrheit die Stimme gegeben haben. Das lässt sich nur feststellen in den Bezirken, wo die Geschlechter getrennt gewählt haben. In Neustadt i. Holst. hat eine solche getrennte Abstimmung stattgefunden. Das Resultat der Wahlen in Neustadt ist folgendes:

	Wahl-	Legen-	Hein-	Runkel-	Thomson-	Ober-	
	Männer	499	—	628	11	3	119
	Frauen	429	—	487	5	1	68

Die Zahl der männlichen und weiblichen wahlberechtigten Personen in Neustadt ist uns nicht bekannt, doch dürften auch in Neustadt die Frauen mehr Wähler stellen als überall sonst im Lande. Trotzdem ist die Zahl der Frauen, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, kleiner als die Zahl der Männer. Das Wahlrecht in Neustadt liefert weiter den Beweis, dass die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen mehr den bürgerlichen Parteien, also den Parteien, die noch vor wenigen Monaten alle ohne Ausnahme im Preußischen Abgeordnetenkammer gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des Frauenwahlrechts gestimmt haben, zugute gekommen ist, als den Sozialdemokraten. Es haben in Neustadt von je 100 männlichen Wählern 55,54 v. H. für die bürgerlichen Listen, 14,46 v. H. für die sozialdemokratische Liste gestimmt. Von den weiblichen Wählern dagegen stimmen 64,77 v. H. für die bürgerlichen Listen und nur 35,23 v. H. für die sozialdemokratische Liste. Wenn auch das Verhältnis nicht überall so sein wird wie in Neustadt, in den kleinen Städten und auf dem Lande wird es gewiss kein Neustädter gleichen. Das muss uns, besonders aber unsern Damen, den Ansporn geben, mit noch größerem Eifer und Nachdruck als bisher aufzulässtend unter den Frauen zu wirken.

### Einmalige Teuerungszulage für Hinterbliebene von Militärpersonen.

Durch Wolfs Bureau wird gemeldet: Vor kurzem erhielten die Militärentenempfänger eine einmalige Teuerungszulage. Nun soll auch den Hinterbliebenen von Militärpersonen eine solche Teuerungszulage gewährt werden, indem ihnen beim Empfang der für Februar 1918 zustehenden gelehrten Verpflegungsgebühren eine Zulage zur Kriegsverpflegung, lautenden Zuwendungen und lebenswerten Unterstützungen statt des einfachen Monatsbetrags der eineinhalbjährigen Monatsbetrags ausgezahlt wird. Zu den vorbereiteten Hinterbliebenen zählen: sämtliche Hinterbliebenen von Militärpersonen, Witwen, Waisen, Eltern, Stiefeltern, Stiefeltern, uneheliche Kinder usw., denen auf Grund des Militärverpflegungsgegesetzes oder besonderer Verwaltungsvorschriften ein laufender Bezug aus dem Militärfonds zusteht.

### Freigabe des Handels mit Dörrost.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat sich zur Freigabe des Handels mit Dörrost in der Hoffnung entschlossen, dass es dem reellen Handel am besten gelingen wird, den in der letzten Zeit besonders bemerkbar gewordenen unlauteren Schleichhandel mit dieser Ware zu überwinden. Auch von Höchstpreisfeststellungen für Dörrost glaubt die Reichsstelle Abstand nehmen zu können. Sie weiß aber darauf hin, dass die Vorstände der Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918 gegen Preistreiberei noch in Geltung und zur Bekämpfung wucherhafter Preise

wesentlicher Bestandteil unseres Lebens geworden, die Staatserfolgen seiner schwierigen, wirtschaftlich so unendlich bedeutsamen Tätigkeit ist immer mehr in das Bewusstsein des Volkes gedrungen. Im ganzen ist der vorliegende Bericht ein geschäftliches Dokument wirtschaftlich schwerer Zeit, ein Dokument der Entwicklung der Wohlfahrtspflege in Zeiten sozialer Not und verdient als solcher eingehender Würdigung.

Die Bürgerschaft hält am kommenden Montag abend im Rathause eine Sitzung ab.

Berichtigung. In Nr. 18 des „Lüb. Volksb.“ ist in einer Zuschrift zu lesen: „Das Arbeitsamt hat mit der Baubehörde einen Tarif abgeschlossen.“ Dem ist nicht so. Rat Dr. Eink hat lediglich die Versprechungen, welche zwischen dem Staats- und Gemeindearbeiterverband und Baubehörde stattfanden, als Vorsichtiger geleitet.

Der bunte Ernst-Albert-Abend wird Freitag auf vielseitigem Banisch im Marmorsaal zum achten Mal wiederholt, da es Sonntag wieder vorher schon ausverkauft war.

\* Ausgebrochen. In letzter Nacht ist der am 23. ds. Ms. wegen gewerbemässiger Schlägerei festgenommen gewesene frühere Frankfurt Karl August Wilhelm Fick, geb. am 18. September 1896 in Lübeck, wohnhaft Kanalstraße Nr. 22 aus dem Untersuchungsgefängnis ausgebrochen. Fick ist 1,69 Mtr. gross. Er hat blondes Haar, welches er in der Mitte gescheitelt trägt und kleinen blonden Schnurrbart. Auf seinem linken Unterarm hat er einen Anker mit Flagge blau und rot tätowiert. Fick hat etwas hinkenden Gang.

Die verteuerte Hinscholle. Von dem Besitzer der Löwen-Apotheke, Herrn Apotheker Brandt, werden wir erfuhrn mitzuteilen, dass nicht er, sondern einer seiner Angestellten die von uns am Sonnabend festgenommene Bemerkung gemacht habe, dass die Verteuernung der Zukunft „den Sozialisten zu denken“ sei. Es missfällt diese ungehörige und unzutreffende Auslassung.

\* Wem gehört das Diebesgut? In dem Besitz eines wegen Einbruchdiebstahl festgenommenen Arbeiters wurde eine Chiffoné-Decke, eine Tischdecke, 8 Stores und eine blaue gemusterte leinene Tischdecke vorgefunden. Da die Sachen offenbar von einem Diebstahl herührten, wird der rechtsnäzige Eigentümer erfuhrn, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

\* Fahrraddiebstahl. Am 24. ds. Ms. wurde vor dem Postgebäude auf dem Markt ein Fahrrad gestohlen. Das Fahrrad hatte schwarzes Getriebe, weiße Handräder und war mit Ketten und Rücktrittkrempe versehen. Das vordere Schuhblech und die Ventilfalte fehlten. Die Polizeinummer war Nr. 14265.

\* Eigentumsvergehen. In der Nacht zum 24. ds. Ms. wurde aus dem Maschinenraum einer hiesigen Schiffswerft ein 3/4 Meter langer und 15 Zentimeter breiter Dreibrüder angefahren. — Aus einer Vorwerker Siegel sind nachbenannte Werkzeuge gestohlen worden: 1 Bohrmaschine mit Bohrwerk, 1 Bohrmaschine mit Bohrer, 1 Blechschere, 1 Schraubstock, eine Metalläge, 1 Völkofden, 1 Zugmesser, 1 Brustbohrer und ein Löffelbohrer.

\* Beschädigte Einbrechergesellschaft. Ermittelt und festgenommen wurden fünf in der 1. Wallstraße bzw. Eisenstraße wohnhaften Personen. Drei derselben hatten in der Gegend von Jadenburg verschiedene Einbruchdiebstähle ausgeführt, wobei ihnen Häbner, Kaninchen, Tasche u. s. w. ein Trichter in die Hände gefasst waren. Das Diebesgut wurde zu einem in der Eisenstraße wohnhaften Ehepaar gebracht, welches die Beute teilte bezog, verkaufte. Letzteres hat sich daher wegen Hehlerei zu verantworten.

\* Steckbriefing. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Rostock, der seitens der Staatsanwaltschaft in Schwerin wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurde.

\* Jugendliche Kaninchendieb. Ermittelt und festgenommen wurden zwei jugendliche Arbeiter wegen Einbruchdiebstahls. Diese wurden in der Nacht zum 25. ds. Ms. in der Hinkelstraße von einem Schutzmann angehalten, weil sie einen schweren Sack trugen. Diesen markten sie von sich, entflohen und entklammten in der Dunkelheit. In der Annahme, dass die Diebe, die in dem Sack eine Anzahl geschlachteter Kaninchen transportierten, ihren Raub nicht im Stiche lassen würden, wurde die Hinkelstraße einige Zeit beobachtet und tatsächlich kam einer der Diebe zurück und konnte festgenommen werden. Dadurch gelang auch bald die Festnahme seines Komplizen. Beide hatten in der oberen Schürenstrasse Kaninchen gestohlen gehabt.

\* Die verhinderte Fahrt. Festgenommen wurde ein in der Düvelenstraße wohnhafter Arbeiter und ein an der Mauer wohnhafter Schlachter, als sie beide im Begriff standen, mit 100 Pfund Mehl und einem gesalzenen Schinken nach Hamburg zu fahren. Ob es sich um Diebesgut oder um Schleichhandelsware handelt, muss die nähere Untersuchung ergeben.

Entscheidung. Die oldenburgische Nationalversammlung. Dem Landtag ist vom Direktorium das Gesetz über die Wahlen zur verfassunggebenden oldenburgischen Nationalversammlung zugegangen. Es enthält im allgemeinen die Grundzüge für die Nationalversammlungswahlen für das Reich. Die Wahlen werden an einem Sonntag stattfinden. Die Versammlung soll aus 48 Abgeordneten bestehen. Wahlberechtigt sind alle in Oldenburg wohnenden deutschen Männer und Frauen, die das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben. Die Provinzen Oldenburg, Lübeck und Bremen bilden je einen Wahlkreis. Oldenburg wählt 39, Lübeck 4 und Bremen 5 Abgeordnete. Auf jede 10 000 Einwohner entschlägt ein Abgeordneter. Alle anderen Bedingungen entsprechen im allgemeinen dem obigen Rahmen und halten sich innerhalb der Nationalversammlungswahlen für das Reich. Angefochten werden muss aber der § 5 des Entwurfes. Er lautet: „Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahlgang nicht minder als einem Jahr Oldenburger sind.“ Nach der Begründung ist damit die Staatsangehörigkeit gemeint, von der behauptet wird, dass sie auch in Praxis gefordert werde. Das ist unrichtig. In Preußen wird nur ein einjähriger Wohnsitz für die Wahlbarkeit gefordert, nicht aber die Staatsangehörigkeit. Wird der Entwurf Gesetz, so bedeutet das eine erhebliche Verschlechterung gegen den bisherigen Zustand. Weil bisher in Oldenburg für politische Rechte die Staatsangehörigkeit nirgends gefordert worden ist, ist sie im allgemeinen auch nicht erworben. Und alle diese Leute würden jetzt um ihr passives Wahlrecht gebracht. Sogar Personen, die heute Landtagsabgeordnete sind, würden ihr passives Wahlrecht verlieren. Sie würden geradezu entzweit. Hier steht die partikularistische Eigenbrüderlei über die klare Vernunft gesiegelt zu haben. Nicht vorhandens, sondern eingebildete Gefahren scheinen den Ausschlag gegeben zu haben.

Hamburg. Forderungen der Hochbahner. Die Angehörigen der Hochbahner beschlossen, der Direktion folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Für das Betriebspersonal je nach der Gruppeneinteilung ein Monatslohn von 384 M., steigend um je 15 M., bis zur Höchstgrenze von 454 M., zu zahlen. 2. Für das technische Personal werden Stundenlöne von 1,90 bis 2,40 M., je nach der Beschäftigungsbaurei, verlangt. 3. Für das kaufmännische Personal sind für die männlichen Personen Gehälter von 310 bis 665 M. zu zahlen und für das weibliche Personal Monatsgehälter von 250 bis 400 M., je nach der Lauer der Beschäftigung. Außerdem wird für das gefündigte weibliche Personal aller Branchen eine einmalige Entschädigung von 100 M. verlangt. Die erhöhten Lohnsätze sollen vom Tage der Einreichung der Forderungen an Gültigkeit haben. Ferner wird die Verbehaltnahme der Ferien und Freiheiten verlangt. Im Laufe der Woche werden auch die Strafbahner und die Angestellten der Zentralbahn über Lohnforderungen beraten. — Vorhaben der Stadtbau im Bäckergewerbe. Die im Zentralverband organisierten Bäckergeisen in Hamburg beschäftigen sich mit weiteren Maßnahmen zur Lohnbewegung. Das Angebot der Bäckerinnung, die Löhne auf 78 resp. 80 M. für die Woche zu erhöhen, unter der Voraussetzung, dass auch die Brotsorten erhöht werden, fand keine Genehmigung. Es wurde

gefordert gemacht, dass die Lohnsteigerung nicht hoch genug sei und dass die maßgebenden Stellen zu einer Erhöhung der Brotsorten schmäler ihre Zustimmung geben würden. Es gelangte dann eine Entscheidung zur Annahme, wonach der Vorstand beauftragt wird, sofort mit dem A. und S. Rat in Verbindung zu treten zur Durchführung der ursprünglichen Forderungen. Sollten diese Forderungen erfolglos sein, sei sofort zur Durchführung der Arbeitseinstellung eine neue Versammlung einzuberufen.

Hamburg. Nachmord in St. Pauli. Am Sonnabend nachmittag um 1½ Uhr fand man die von ihrem Ehemann getrennt lebende 33 Jahre alte Frau Anna Hoffmann in ihrer Wohnung, Querstraße 1, 3. Etage, erdrosselt und bewußtlos auf. In der Wohnung, wo die Hoffmann, geborene Böns, einlogierte, fand man die Leiche im Bett liegend. Um den Hals hatte der unbekannt entkomme Mörder seinem Opfer einen mehrfach doppelt genommenen starken Papierbindfaden gelegt und die Schlinge so lange angezogen, bis der Tod eingetreten war. Der Täter hat in dem Zimmer alles durchgewühlt und 90 Mark in bar, die sich in einem Spatzenkopf im Kleiderschrank befanden, ferner ein Paar Kavalleriestiefel, ein Paar Militär-Schnürschuhe und einen grauen Schwader gekauft. Ein Paar alte Militärschäfte hat er dafür im Zimmer zurückgelassen. Der Mörder soll ein in Militäruniform gehender Mann sein, mit dem die Hoffmann, die einen kleinen Lebensarbeitsführer, noch am Freitag abend in einer Wirtschaft am Paulinienplatz gesehen worden ist. Der Mörder hat angegeben, dass er zehn hat, wie die S. mit dem Soldaten auf das Haus Querstraße 1 zugeschritten. Nach dem Befund der Leiche zu schließen, musste der Tote schon in der Nacht zum Sonnabend geschiehen sein. Die anderen Frauen, die mit der ermordeten in der Wohnung logieren wollten nichts Verdächtiges bemerkt haben. Der mutmaßliche Mörder wird wie folgt beschrieben: Alter etwa 40 Jahre, auffallend groß und stark, knochiges Gesicht, ging in Infanterieuniform.

Barmstedt (Holstein). Wegen Verdachts der Verstülpung am 6. Januar ist nunmehr auch die Chefin des verstorbenen Hofstellers Wilhelm Behnke, die sich bei ihren Eltern in Lüneburg aufhielt, verhaftet und dem Amtsgericht Bremervörde zugetragen worden. Zwischen ihr und dem bereits verhafteten Hofsteller Kochs Thiesen bestand ein Liebesverhältnis, unter dem der verstorbene Behnke viel zu leiden hatte.

Nostock. Die Wahlen zur mecklenburgisch-schwerinischen Nationalversammlung haben gestern stattgefunden. Uns werden telefonisch folgende Ergebnisse übermittelt: Am fünften Wahlkreis (Nostock-Torbeck) wurden gewählt 7 Sozialdemokraten, 4 Demokraten, 2 Deutschnationale und 1 Deutsche Volkspartei. In Nostock (Stadt) erhielten Stimmen die Liste der Sozialdemokraten 18 618, Demokraten 10 999, Deutsche Volkspartei 3711, Deutschnationale Volkspartei 2757. Am 2. Wahlkreis Schwerin-Wismar wurde bis 12 Uhr nichts gezeigt an Stimmen für die Deutschen Demokraten 19 890, für die Sozialdemokraten 23 982, für die Deutschnationale Volkspartei 7098, für die Handwerkerpartei 1181, für die Deutsche Volkspartei 3018 und für den Dorfkirchhof 2070. Es sind als gewählt zu betrachten: 4 Deutsche Demokraten, 6 Sozialdemokraten, 2 Deutschnationale und 1 Volkspartei. 20 Ortschaften stehen noch aus, die aber an dem Ergebnis nichts ändern werden.

Preußen. Entlassungen beim Norddeutschen Lloyd. Wie der Norddeutsche Lloyd mitteilt, sieht er sich infolge der ungünstigen Entwicklung der Verhältnisse, besonders auf Grund des Waffenstillstandsabkommen in Trier, gezwungen, einen großen Teil seines Personals aus seinen Diensten zu entlassen. Entlassen werden vor allem die Offiziere, Ingenieure, Schiffsmeister, Oberstewards und Oberköche sowie auch die Unteraffiziere und Mannschaften der Werftbetriebe. Der Norddeutsche Lloyd hat eine besondere Regelungshilfe für die Entlassenen in Bremerhaven eingerichtet, um ihnen mit Rat und Tat weiter zu Seite zu stehen. — Die Zahl der freien Wiedereintritte ist für den 9. März in Aussicht genommen. Sie sind 200 Stück zählen, wovon auf das Landgebiet 17 auf Premerhaven 14 und auf Vegesack 3 entfallen. Der Rat der Volksbeauftragten und der Volkszugriff hat sich für die streng gebundenen Lizenzen ausgesprochen. — Der kommunistische Stadtkommandant. Der Rat der Volksbeauftragten hat zum Stadtkommandanten den Kommunisten Breitmeier ernannt.

Bremen. Erkenntnis. Über die Vorgänge in Bremen, wo ein paar wirrige frühere Polizeischüler — Forn und Knie — aus dem Wege der Diktatur die kommunistische Revolution — elbabiliten wollten und an den harten Tackten damit scheitern mussten, sind unsere Leser eingehend unterrichtet. Sie werden mit Interesse darum auch hören, was die unabhängige Bremer Bürgerzeitung an Schlussfolgerungen aus den Vorfällen zieht. Hier ein kleiner Auszug daraus: „Die Verwirklichung des Sozialismus oder Kommunismus hat zur Voraussetzung die Internationalität. Es ist eine unmöglichkeit, den neuen Gesellschaftszustand in einem Land allein durchzuführen zu wollen. Er ist des der Fall, wenn dieses Land arm an Rohstoffen, für den Zug desselben also auf das Ausland angewiesen ist. Damit im Zusammenhang steht die Hoffnung auf die Weltrevolution. Die rückige Revolution muss ohne sie in sich zusammenbrechen, weshalb die Bolschewiki alle ihre dafür zur Verfügung stehenden Kräfte aufgeboten haben, die Erweiterung der Revolution zur Weltrevolution zu betreiben. Es kann für uns auch kein Zweifel unterliegen, dass sie kommen wird. Es fragt sich nur, wann das der Fall sein wird. Ein zweites ist in den sieghaften Ländern der Entente davon noch nicht viel zu übersehen, wenn es auch an Ansätzen dazu nicht fehlt. Wir zähnen uns gleichwohl zu den Optimisten, die sagen: Sie wird kommen, ehe ihrs denkt. Doch weil sie noch im Werden begriffen ist, erzieht den Revolutionären sehr wider ihren Willen die Auseinanderstellung mit dem, was ist, zunächst abzufinden. Nichts könnte leichter sein, als die Dinge nach einem Prinzip in die gewünschte Form zwingen zu wollen. Die Energien nämlich, denen wir zur Verwirklichung unseres Wollens bedürfen.“

Oldenburg. Oldenburgischer Landtag. Der Landtag hielt am Donnerstag 12 Uhr mittags eine Sitzung ab, in der der Entwurf für die oldenburgischen Nationalversammlungswahlen eingeführt wurde. Am Freitag wurde der Gesetzesentwurf unverändert angenommen. Von der übrigen Tagesordnung wurden ohne Ausdruck erledigt ein Bericht über die Ergebnisse der Einwohnerzählung für 1917, über die Neueröffnung der Kostenanschläge bei Chausseebauten, ein Bericht über die Inventarien der zur Eisenbahn gehörenden Grundstücke und Gebäude usw. Der Vorbereitungsdienst der Referendare für Teilnehmer am zukünftigen Krieg, der 3½ Jahre beträgt, kann um die Zeit des Kriegsdienstes, jedoch höchstens um ein halbes Jahr geführt werden. Der Bericht betrifft Nachweisung über die Gewerbeergebnisse der Nahrungsmittelzentrale des Freistaates Oldenburg erledigte sich durch Kenntnisnahme. Bei der Vorlage betrifft die Staatliche Kreditanstalt wird erklärt, dass eine Erhöhung der Beleihungsgrenze bei Grundstücken und Gebäuden auf sechs Zehntel des durch die beiedigten Schäfer zu ermittelnden Wertes in Aussicht genommen sei. Schließlich ist zu bemerken, dass der liberale Abg. Müller-Drake folgenden recht überflüssigen Antrag eingereicht hat: „Das Direktorium wird erucht, mit allen Mitteln die Differenz darauf zu bestehen, dass Oldenburg in seinem heutigen Umfang als selbstständiger Staatstaat des Reichs erhalten bleibt, und dass keine Veränderung des Staatsgebiets und keine Verbindung mit anderen Teilen des Reichs ohne Volksabstimmung vorgenommen werden darf.“ Der Antrag war auch von der sozialistischen Fraktion unterstützt.

Oldenburg. Gründung eines Landesrates. Der Arbeiters- und Soldatenrat für Oldenburg. Mittwoch versammelten sich die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte aus dem Lande Oldenburg, wozu auch Vertreter des Kreislands erschienen waren. Die Einsetzung eines Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte für Oldenburg war Gegenstand der Tagesordnung. Zu diesem Zwecke batte eine Kommission des Arbeiters- und Sol-

datenrates Oldenburg, bestehend aus den Mitgliedern Hef, Blank, Brinkmann und Liebahl, eine Befredigung mit dem Landesdirektorium. Hef-Oldenburg gab hierauf den Bericht der Kommission, bei dem es sich um Fragen der Erhaltung Oldenburgs als Freistaat, sowie Friede und Unwiedergängigkeit des noch bestehenden alten Landtages und die von ihm noch zu leistenden Arbeitseinsätze und endlich Stellungnahme des Landesdirektoriums zum Landtagssatz handelte. Eine bestimmte Einigung konnte in den meisten Fragen nicht erzielt werden. In dem weiteren Verlaufe der Debatte, in welcher sich die Mehrheit für Einsetzung eines Landesrates entschloss und in welcher die bisher bestehenden Missverständnisse zwischen Wilhelmshaven und Oldenburg beigelegt wurden, wurde die Gründung eines Landesrates der Arbeiter- und Soldatenräte Oldenburgs einstimmig beschlossen. Hef schloss hierauf die Sitzung mit den Worten, dass die Arbeiter- und Soldatenräte solange zu bestehen haben, bis die Errungenschaften der Revolution zu verwirken. Hierauf wurde in weitere Verhandlungen mit dem Landesdirektorium eingetreten.

## Neueste Nachrichten.

Die Konferenz der Bundesstaaten.

Berlin, 27. Januar. Die Kommission der Vertreter der Regierungen der deutschen Freistaaten hat sich auf den Entwurf eines provisorischen Grundgesetzes für die Reichsverfassung einstimmig, der der Nationalversammlung zur vorläufigen Verfassung vorgelegt werden soll, falls er die Zustimmung der Reichsversammlung findet. Es würde sich bei dieser Zustimmung im wesentlichen um eine Grundlage für die Bildung einer vorläufigen Regierung handeln, da ja die jetzige Regierung der Nationalversammlung ihre Menter zur Verfügung stellen wird.

Die Entente und die russischen Kriegsgefangenen.

Berlin, 27. Januar. Unter der Begründung, die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland würden nur abtransportiert, um die Polizeiwachen zu verstärken, verlangten die Alliierten in der geistigen Sitzung die Entfernung des Abtransports der russischen Gefangenen. Die deutsche Kommission legte gegen dieses Verlangen Verwahrung ein und betonte, dass die Entfernung des Abtransports zu Revolutioen führen könnte, da die russischen Gefangenen schon vor längerer Zeit von der bevorstehenden Heimkehrung in Kenntnis gesetzt worden seien.

Holländische Lebensmittel gegen deutsche Kohlen.

Berlin, 27. Januar. Zwischen der deutschen und niederländischen Regierung kam eine Verständigung an, wonach gegen tatsächlich exsante Warenlieferung Lebensmittel, namentlich Fische und Bier, sofort von Holland nach Deutschland gelangen. Diese Wideranträge der seit langem unterbrochenen Lebensmittelauflagen aus Holland war nun deshalb möglich, weil aus Deutschland Kohlen geliefert wurden.

Der Vormarsch der Polen.

Züllichau, 27. Januar. Die Polen haben Kommt und Wurzlichter kampflos besetzt. Es wird die Besetzung der beiden Städte der brandenburgischen Grenze schon nahe gerückt.

Wilson an die Friedenskonferenz.

Paris, 26. Januar. Auf der zweiten öffentlichen Sitzung der Friedenskonferenz hält Wilson eine Ansprache über den Weltverbund. Er erklärt, dass die Vertreter der Völker seien, die nicht nur die Regierungsräte zusammentreten zu helfen hätten. Die Abmachungen zwischen Vater und Tochter erfüllen und Gerechtigkeit atmen, denn der Völkerbund sei eine Lebensfrage für alle Nationen. Die ausserwählten Klassen seien nicht mehr die Herrscher, deren Schicksal in einer Hand des einzelnen Mannes liegt. Auch London George erklärte, mit Begeisterung hinter dem Völkerbund Gedanken zu stehen und dass es angeht, dass die grauenhaften Verhältnisse durch den Krieg an der Zeit sei, endbare Methoden zur Heilegung von Streitigkeiten zu finden. Schließlich beschloss die Friedenskonferenz folgendes:

1. Es ist für die Aufrechterhaltung der Neuordnung der Welt, zu der die alliierten Nationen jetzt zusammentreten, wesentlich, dass der Völkerbund geschaffen wird, um die internationale Zusammenarbeit zu fördern, die Erfüllung anderer Verpflichtungen zu sichern und Sicherungen gegen den Krieg vorzunehmen. 2. Der Völkerbund soll als Hauptbestandteil in den allgemeinen Friedensvertrag aufgenommen werden; er soll jeden zivilisierten Nation offen stehen, welche Gewähr dafür bietet, dass sie seine Ziele fördert.

3. Die Mitglieder des Völkerbundes sollen regelmässig in internationalen Konferenzen zusammenkommen, ständige Organisationen und ein Sekretariat unterhalten, um die Gelegenheiten des Bundes in den Zeiten zwischen den Konferenzen zu fördern. Die Konferenz bestimmt daher ein Komitee von Vertretern der assoziierten Regierungen, um die Einzelheiten der Ausgestaltung und die Gelegenheiten des Bundes auszuarbeiten.

Eine weitere Entschließung betrifft die internationale Gesetzgebung in der Industrie und die Arbeitersache. Eine Kommission von je fünf Großmächten und je fünf anderen auf der Friedenskonferenz vertretenen Mächten soll ernannt werden, um die Arbeiterschutzbedingungen von internationalen Geschäftspartnern aus zu untersuchen und über die internationale Mittel und Wege zu beraten, die notwendig sind, um eine einsheitliche Handlung in den mit diesen Arbeiterschutzbedingungen zusammenhängenden Gelegenheiten zu fördern.

Keine Zwangsarbeit für deutsche Kriegsgefangene.

Basel, 27. Januar. Der „Secolo“ meldet aus Paris: Ein Erlass des Kriegsministeriums ordnet an, dass deutsche Kriege Gefangene bis auf weiteres nicht in das Ausbildungsbereich werden sollen.

Unwirkliche Unionen.

Basel, 27. Januar. Die „Morning Post“ meldet aus Paris: Die Alliierten-Konferenz erklärt alle gewünschten Gebieteüberänderungen, soweit sie außerhalb der Bedingungen des Waffenstillstandes stehen für rechtsaufrichtig.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion der Presse gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Kriegsbeschädigten-Organisation.

Bezweckmässig aus das Eingefandene in Nr. 19 des „Lübecker Volksblatt“ möchte ich dem Kameraden und allen Kriegsbeschädigten nur kurz darauf erwidern und feststellen, dass unsere freie Vereinigung der Kriegsbeschädigten für den Freistaat Lübeck eine reine, freie, nur aus Kriegsbeschädigten bestehende Organisation ist und dass wir weder nach links, noch nach rechts

Sie kaufen vorteilhaft bei uns für Theater und Gesellschaft

## Weisse Blusen

Elegante weiße Bluse  
aus Schleierstoff mit Hohlsäum u. reich besticktem  
Vorderteil ..... 28.50

Elegante weiße Bluse  
aus Schleierstoff mit ovalem Ausschnitt u. quer-  
gesetztem breitem Zwischensatz ..... 33.00

Elegante weiße Bluse  
jugendliche Nachart mit Färbchen und Stickerei ver-  
arbeitet ..... 36.50

Elegante weiße Bluse  
aus besticktem Schleierstoff mit neuartigem Kragen ..... 39.50  
gearbeitet ..... 39.50

Elegante weiße Bluse  
aus Ia. Schleierstoff, Kragen und Vorderteil breit ..... 42.00  
mit querlaufenden Hohlsäumen verarbeitet ..... 42.00

Elegante weiße Bluse  
aus Ia. Schleierstoff, reich besticktes Vorderteil mit  
eingesetzten Filatmotiven ..... 47.50

Elegante weiße Bluse  
aus feinem Batist, flotte Sportform, mit reicher 49.50  
Perlmutt-Knopf-Garnitur ..... 49.50

Elegante weiße Bluse  
aus Ia. Schleierstoff mit besticktem Glashabst-Ein- 54.00  
sätzen und Kragen ..... 54.00

Elegante weiße Bluse  
aus Ia. Schleierstoff, entzückend gearbeitet u. reich 57.50  
mit Blüten-Tuss bestickt ..... 57.50

Unsere Auswahl ist groß. — Beachten Sie unser Schaufenster!

### Elegante Seiden-Blusen

in entzückender Auswahl

72.00 65.00 57.00 49.50

### NEUHEITEN in Ball-Fächern

6.50 5.75 4.50 3.50

### Elegante Seiden-Kleider

preiswerte Einzel-Modelle

265.00 225.00 175.00 95.00

## Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. h.

Bilanz am 30. September 1918.

Passiva.

	A	B	C	D	E	F	G
zu Kassenbestand	1.531	19	Per Reservefonds	93.045	72		
Wochekassen	2.004	-	Gaufonds	9.000	-		
Bankguthaben G. G. G. (Giro)	226.849	42	Warenvorratsfonds	10.427	78		
G. G. S.	400.000	-	Fixpositionsfonds	11.703	03		
Vorstand- und Sparvereinsbank	185.736	78	Geschäftsguthaben der Ge- nossen	189.098	75		
Kontoguthaben Commerzbank	199.056	26	Spareinlagen	1.836.190	11		
Geschäftsteilteil G. G. S.	43.635	85	Sparvermögen	1.309	25		
Verlagegeteil- teilt	5.975	71	Kantinen	13.053	30		
Geschäftsteilteil Lübecker Ge- nossenschaft-Bäckerei	10	-	Hypotheke	229.060	-		
Geschäftsteilteil Fortschrittz Atona	88	35	Pferdeanstalt	24.536	69		
Geschäftsteilteil Lübecker Ver- einshaus	900	-	Rabattguthaben der Ge- nossen	103.203	03		
Geschäftsteilteil Gemeinnützige Milchverarbeitung	200	-	Rückversetzung	2.914	95		
Geschäftsteilteil Schuhhändel- gesellschaft	50	-	Riegs-Hilfe	778	88		
Teileinlagen-Ris.	3.835	-	Noch zu zahlende Unkosten	1.115	44		
Darlehn für Fr. Meyer & Co.	8.000	-	Gründigung	12.629	34		
Konsumgenossenschaft. Wiederver- sicherung-Gilde	1.200	-					
Warenkaufsausbild. Nageburg	200	-					
Kaufmännische	1.500	-					
Verpacker	50.470	50					
Waren	675.000	73					
Mineralwasser	1.753	67					
Inventar	30.000	-					
Möbeln	3.000	-					
Mühlenanlage	2.000	-					
Befestigungsanlage	1	-					
Mineralwasseranlage	2.000	-					
Kleider	10.000	-					
Wagen und Geschirr	5.000	-					
Grundbesitz	736.671	97					
	2.511.190	12					
	2.511.190	12					

Im Geschäftsjahr 1917/18 sind der Genossenschaft 750 Genossen beigetreten und 258 Ge-  
nossen ausgeschieden. Am Schluss des Geschäftsjahrs gehörten der Genossenschaft 11.224 Ge-  
nossen an.

Die Geschäftsguthaben der Genossen haben sich um 19.938,50 M. und die Haftsumme um  
14.730,— M. vermehrt.

Die Haftsumme betrug am Schluss des Geschäftsjahrs 386.840 M.

Lübeck, den 25. Januar 1919.

Der Vorstand.

A. Beppen. G. Stark.

Einen neuen Wohnraum von Lübeck und Umgegend  
zu erlangen können Sie in die

Gastwirtschaft

### Zum holsteinischen Hause

früher Wilh. Pries, Marlesgrube 22

übernommen habe. Für gute Getränke u. m. wird bestens  
Sorge getragen; auch bringe meine Fremdenzimmer in  
heimliche Erinnerung.

Ich bitte, mein Unternehmen gütig's unterstützen zu  
mögen.

A. Brügelmann

Heinr. Buck.

### Kastenblockwagen

besonders naut. billia. (850)

Beckergrube 5 II.

## Möglichkeiten der Sozialisierung.

Über die Pläne des Reichswirtschaftsamtes auf dem Gebiete der Energieversorgung Deutschlands wird uns aus Berlin geschrieben: Sowohl eine Sozialisierung heute möglich ist, erwidert sie sich in der Frage, ob neue Formen im Wirtschaftsprozeß anzunehmen seien, die eine Erweiterung der Beteiligung der Allgemeinheit an den Ergebnissen zulassen. Wollen wir den Begriff der Sozialisierung aus den engen Grenzen des Schlagworts herauslösen, so müssen Möglichkeiten gefunden werden, die das Interesse der Allgemeinheit wie das der Technik und Wirtschaft gleichermaßen berücksichtigen.

Einen Anlauf in dieser Richtung unternimmt das Reichswirtschaftsamt mit dem Versuche einer Regelung der Energieversorgung Deutschlands. In dem genannten Antritt wird von den Einzelsoorts ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Begutachtung der bündestaatlichen Regierungen passieren und schließlich der parlamentarischen Erledigung zugeführt wird.

Der Entwurf über die gezielte Regelung der Energieversorgung Deutschlands vermeidet das Problem der Verstaatlichung und bewegt die allgemeine Versorgung des deutschen Reiches mit Energie. Er will die Bewirtschaftung aller Energiequellen wie Elektrizität, Wasser, Wind usw. einheitlich regeln. Sein nächstes Ziel ist die Erreichung eines möglichst hohen Ergebnisses bei möglichst geringen Auswendungen. Innerhalb des Reichsgebietes soll die Ausnützung der vorhandenen Energiequellen nach geheimwirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Die Gruppen der Energiezender und der Verbraucher sollen zusammengefasst werden. Der Rechte und den Bündesträtern ist das entsprechende Befreiungsrecht eingeräumt. In der Gesamtorganisation, die zur Erreichung des Ziels geschaffen werden muss, sind Unternehmer und Arbeiter vertreten. Die Antwort hat das Reichswirtschaftsamt, dem ein Beirat zur Seite gestellt wird.

Im Speziellen ist für Regelung der Materie ein Reichskohlengesetz und ein Elektrizitätsgez. geplant. Das Kohlengez. wird sich in der Hauptrichtung auf drei Faktoren beziehen, die Produktion, den Absatz und den Verbrauch. Es ist berücksichtigt, auf den bereits bestehenden Organisationen (Kohlehandelskette usw.) weiter zu bauen. Selbstverständlich wird alles auf eine neue Grundlage gestellt, insbesondere werden sich die staatlichen Organisationen auf die Gestaltung der Dinge einen starken Einfluss sichern. Das Hauptgewicht wird gelegt werden auf eine möglichst rationelle Kohlenwirtschaft. Die Not des Reiches zwingt uns, hierbei auch den finanziell-politischen Gesichtspunkten die gehörende Berücksichtigung zu schenken. In diesem Zusammenhang wurde betont, dass die in letzter Zeit in verschiedenen Kohlengebieten vorgekommenen „Spezialsozialisierungen“ den Absichten des Reiches starke Hindernisse in den Weg legten. Diese Befreiungen müssten zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen, wenn sie weiter fortgesetzt werden.

Große Aufgaben stellt sich das Elektrizitätsgez. Schon rein materiell betrachtet, hat es sich auf einem Gebiete zu befähigen, auf dem in den letzten Jahren ein ungeheuerlicher Aufschwung erlebt worden ist. Von 1907-17 hat sich auf diesem Gebiete der Verbrauch vervielfacht; die öffentlichen Anlagen haben ihren Absatz verfehlt. Leider haben Reich und Staat den Zeitpunkt verpaßt, wo sie sich auf diesem Gebiete Einfluss und Gewinnanteil hätten sichern können. Die erste Angabe des neuen Gesetzes muss es sein, die hier bestehende völlig planlose Zerstückelung in der Produktion hinzuhalten, und die enorme wirtschaftliche Kraftverschwendungen in die Bahnen einer geregelten Produktion und Konsumtion zu leiten. Mit werden uns in Zukunft diese Kraftverschwendungen nicht mehr leisten können, womit schon die Begründung für dieses Gesetz gesetzert wird.

Wie sich die praktischen Einzelheiten des Gesetzes (und auch der anderen) gestalten werden, wird wesentlich von der Art des Friedensschlusses abhängen. Bei den Vorbereitungen konnte es sich im wesentlichen nur um die Klärung der beherrschenden Prinzipien handeln. Dieses Prinzip wird beim Elektrizitätsgez. darin gehen, die gebundenen Kräfte zu fordern, die ungebundenen zu beschränken. Die einzelnen Werke sollen konisch wirtschaftlich zu einem organischen Zusammenschluss gebracht werden. Das ist heute um so leichter, als auf 200 bis 300 Km. Entfernung oft frische Energie ohne Verlust übertragen werden kann.

Im großen und ganzen handelt es sich hier, wie man sieht, um eine geschickliche Initiative von gewaltiger wirtschaftlicher Tragweite.

Sozialisierungskommission gegen Dr. August Müller.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes hat in einer Ansprache an die Presse seine Stellung in der Frage der So-

zialisierung dahin präzisiert, dass die Einsetzung der Sozialisierungskommission ein ungünstiger Beschluss gewesen sei, und dass diese Institution mit den zu weitgehenden Erwartungen, die sich daran knüpften, viel dazu beigetragen habe, eine Sozialisierungswut zu schaffen, der das Wort „Sozialisierung“ nichts weiter sei als eine neue Formel für sonst nicht gerechtfertigte Lohnforderungen. Die Sozialisierungskommission hat sich mit dem Rat der Volksbeauftragten in Verbindung gelegt, um festzustellen, ob diese Aussage des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes mit derjenigen der Volksbeauftragten übereinstimmt. Von der Antwort der Volksbeauftragten werden die Entschlüsse der Sozialisierungskommission abhängen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Die Beziehung Liebknechts.

Die Beziehung der Opfer der letzten Spartakus-Ulrichen verließ in vollster Ruhe. Vom Friedrichshain, wo sich der größte Teil des Todesgefolges versammelt hatte, bewegte sich der Zug durch die Friedenstraße nach der Frankfurter Allee. An der Ecke der Fruchtstraße schloss er sich den dort haltenden acht Leichenwagen an, auf denen sich neben den 32 Hölzergärtner gesessenen Revolutionären noch ein leerer Sargkasten befand, der später die Leiche der Rosa Luxemburg, loslassend die aufgefunden worden ist, aufnehmen soll. Eine Musikkapelle eröffnete den großen Leichenzug, der sich durch die Frankfurter Allee nach dem Zentralfriedhof Friedrichshain bewegte, wo für die 33 Toten ein Massengrab aufgeworfen war. Sehr viele Kranzdeputationen waren zugegen. Die teilweise sehr großen Schleifen waren vielsach mit Texten in spartakistischem Tone bedruckt. Das Wort „Märter“ war auf vielen Schleifen in bis 20 Zentimeter hohen Buchstaben sichtbar. Zurück zum Friedhofe fanden nur die nächsten Angehörigen der Verstorbenen und die Kranzdeputationen. Am Grade sprach zuerst der Rechtsanwalt Levy von der kommunistischen Arbeiterpartei, dessen Rede in dem Gedächtnis auslief, dass die Partei das Werk Liebknechts forschende und zu einem glücklichen Ende führen werde. Nach ihm sprachen Frau Sieg, Dr. Breitscheid und Adolf Hoffmann. Dieser erklärte, dass die 32 Toten eine einzige Anklage gegen die Regierung bildeten, die als Mietlinge im Solde bürgerlicher Parteien standen.

#### Michaels und der Stettiner A. u. S.-Rat.

Der Stettiner A. und S.-Rat hatte vor einigen Tagen dem Oberpräsidenten, dem früheren Reichskanzler Michaelis, den Beschluss mitgeteilt, dass am Tage der Beerdigung Liebknechts alle öffentlichen Gebäude halbmast zu flaggen haben. Dies hat der Oberpräsident abgelehnt. Daraufhin kam es vor dem Obertribunal und dem Polizeipräsidium zu Demonstrationen, bei denen die Menge die Hissung der roten Fahne forderte und bei Weigerung der Behörden diese selbst aufzog. Der Oberpräsident hat deshalb seine Amtsgeschäfte abgedenkt und sich beurlauben lassen, bis die Gewähr geboten sei, dass die Anweisungen des A. und S.-Rates fortan den Interessen der gegenwärtigen Regierung entsprechen.

#### Das erwachte Ostpolen.

Wie die Wahlergebnisse zeigen, ist die Unterherrschaft in ihren ältesten und sichersten Säulen fast restlos zusammengebrochen. Noch bis vor ganz kurzem wähnte fast das gesamte plattdeutsche Land östlich der Elbe konservativ. Bei den Wahlen von 1907 z. B. war ganz Hinterpommern, ganz Ostpreußen, mit Ausnahme von Königsberg, ganz Brandenburg außer Berlin und Umgegend, Westpreußen und Posen, soweit sie nicht polnisch wählten, in konservativen oder freikonservativen Händen. 1912 entstanden ein paar ostpreußische Wahlkreise Liberale in den Reichstag, in der Mark Brandenburg drang die Sozialdemokratie auf das Land vor.

Heute zeigt sich, dass auch in Ostpolen nur der Terror, nicht die Unreinigung der Volksmassen, die Machtquellen der Konservativen war. In Ostpreußen haben über 400000 Wähler sozialdemokatisch gewählt. Westpreußen entsendet fünf Sozialdemokraten in die Nationalversammlung, drei bürgerliche

Demokraten und nur zwei Deutsch-Nationale. Der Regierungsbezirk Frankfurt a. O. brachte 320000 sozialdemokratische gegen 120000 Deutsch-Nationale Stimmen aus. In der Provinz Pommeren werden doppelt soviel sozialdemokratische Stimmen wie Deutsch-Nationale gezählt, fünf Sozialdemokraten, zwei bürgerliche Demokraten gegen drei Deutsch-Nationale entsendet Pommeren in die Nationalversammlung. Dabei hatten die Konkurrenzparteien den Trick gebraucht, alle jungeren Kämpfer aus ihren Listen auszuschalten und bürgerliche Namen an die Spitze zu setzen. Es hat nichts genutzt. Die Wahlen vom 19. Januar bestätigen bereits das Ende des alten Preußens, denn sie zeigen, dass die ehemaligen preußischen Machthaber auch in ihren bisherigen Hochburgen jeden Rückhalt verloren haben.

### Österreich.

Der neue Zug. Die Nationalversammlung hat ein Gesetz beschlossen, das mit zwei Seitenstellen Österreichs aufzulösen. Das Arbeitsblatt wird abgeschafft, das auf Weisung Betriebsräte in Norddeutschland schon 1869 bestellt wurde, und die in Österreichischen Betriebsordnung noch vorgesehene Kontraktionsfreiheit für Arbeiter wird aufgehoben.

Die Arbeitslosen Wien fordern eine Tagesunterstützung von mindestens 15 Kronen (12 Mark). Wenn sie nicht gewährt würde, so würden die Arbeitslosen von Palais zu Palais ziehen und sie sich holen.

### Dänemark.

Verbot der Kubaninfuhr. Die Regierung hat im Volketing eine Vorlage zwecks Verbot der Einfuhr und Ausfuhr von russischen Kubannoten nach und aus Dänemark unterbreitet. In Schweden ist ein solches Gesetz bereits in Kraft. Es gründet sich teils auf dem problematischen Wert der Kubankekse, teils auf den Wurzen, die sozialistische Agitation in diesen Ländern zu unterbinden.

### Schweden.

Ausweitung der Sowjetrepublik. Berlingsche „Wieder“ meldet aus Stockholm: Der russische Sowjetvertreter Wołoski hat von der schwedischen Regierung die Auforderung erhalten, mit seinem ganzen Personal Schweden spätestens Sonnabend abends mit dem Dampfer nach Finnland zu verlassen. Die schwedische Regierung verbündet ihm freies Geleit durch Finnland. — Nun hat das Sowjetland sich von allen Ländern die Ausweitung seiner Gelenken erfahren müssen. Kein Land in Europa von einziger Bedeutung unterhält mit Sowjetrußland diplomatische Beziehungen. Das sozialistische Russland steht in der ganzen Welt isoliert. Dafür hat man sich in Russland einen diplomatischen Erfolg geschaffen, indem man aus den ausländischen Arbeitern, die dem Bolschewismus freundlich gegenüberstehen, berufliche, militärische und andere Gefährdungen erkannt hat.

### Rußland.

Neue Niederlage der Bolschewiki. Teile der 3. und 5. Armee der Sowjetregierung wurden bei Perkow unüberwindbare Truppen unter Bołogow, der die Vereinigung der Nordarmee bei Wologda anstrebt, vernichtet geschlagen. Der Fall Wologdas wird baldigst erwartet. Denkira rückt im Nordkaukasus vor. Die von der Sowjetregierung neu eingesetzten Saargänge sind wegen schlechter Erhöhung unzureichend. Reserven sind nicht vorhanden.

### Kleine politische Nachrichten.

Ein von Deutschland abgelaufener Sonderzug mit 749 Millionen Franken, die für die Nationalbank bestimmt sind, und 55 Wertpäckchen ist für die belgische Regierung in Brüssel angekommen.

Das Armeeverordnungssetz bringt eine Verordnung, wonach die Angehörigen der im Osten stehenden Truppenverbände bereitgestellt sind, am 2. Februar 1919 in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl zwei Abgeordnete zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung zu wählen, soweit die Angehörigen an diesem Tage wahlberechtigt sind und sich noch außerhalb des Reichsgebietes befinden.

Die Befreiung der Geschädigten zu kommen, für die ich dann hinterher der Generalregierung bin. Also hören Sie noch einmal, repetitive beantworten Sie meine Fragen, Pleißner: wann haben Exzellenz der Herr Generalintendant Baron von Plessen-Voetot ihre Sprechzeit, in der dieselben jedermann Audienz erteilen?“

Pleißner stand stramm. „Dienstag und Freitag von halb zwölf bis halb eins.“

Nächst, das heißt: — so steht auf der Ankündigung in den Vorstufen der Königlichen Generalintendantur, wird auch von den Zeitungen bisweilen in schuldigem Gescham so wiederholt gegeben. Wahr ist aber davon ein Wort, denn es heißt ferner, dass in Behinderungssälen für Exzellenz der Geheime Regierungsrat Udermann als Stellvertreter fungiert und in seinem Zimmer Nummer 7 nach erfolgter Anmeldung zur Verfügung steht. So ist?

Pleißner, der Gemahrgesetz meinte bejahend sein Haupt, jagen tat er nichts. Er ließ jezt die Gesichter gehen, wie sie möchte.

„Kun sind aber die Ansprüche, die von einer urteilslosen Menge an Exzellenz betreffs der Audienzen gestellt werden, ja unangebracht, dass selbst bei gutem Willen weder Exzellenz allein, noch mit Hilfe des Herrn Geheimrats fähig wären — das heißt: fähig sind Exzellenz zu allem — sagen wir also: unsind wären, allen, die da erscheinen, zu willfahren. Da bedarf es nun von vornherein durchaus politischer Köpfe in den Vorzimmern, ob er jedem Kommanden folgsam an der Majestät ansetzen, ob er überhaupt für eine Audienz in Betracht kommt oder nicht.“

Scheint leichteres der Fall, möglic herbediente Kleidung, angemessenste Kleid, genügt Art sich auszudrücken häufig schon königlich. Dann sind Seine Exzellenz der Herr Generalintendant und der Herr Geheimrat heute gerade enorm in Anspruch genommen, dienstlich verreilt, unpaßlich. Um Beschwerden, Alarum, Mängeln und dergleichen handelt es sich doch anschließlich in solchen Fällen und die — ä piol! weg!

„Exzellenz der Dienst in einem Königlichen Hoftheaterbau erfordert andere Beschränkungen, als Sie zeigten. Die aber gerade müssen Sie sich anstrengen, sonst —“

Herr Kanzleirat wollen gütigst Nachsicht üben. Ich bin doch erst kaum eine Woche auf dem Posten tätig.“

„Herr Cornelius sich eine Pause der Empörung einnehmen, dann führt er noch um einen Grad energischer fort.“

Pleißner — der Dienst in einem Königlichen Hoftheaterbau erfordert andere Beschränkungen, als Sie zeigten. Die aber gerade müssen Sie sich anstrengen, sonst —“

Herr Kanzleirat wollen gütigst Nachsicht üben. Ich bin doch erst kaum eine Woche auf dem Posten tätig.“

„Haben aber doch Institutionen in Hülle und Fülle, um nicht immer nach dem Herrn Generalintendant oder gar Exzellenz mit mits-

jemdem Falle vorzukommen, ihn entweder Exzellenz oder dem Herrn Geheimrat oder — mit zu melden. Einer von uns dreien“ — die unverhütbare Gefahr des Königtums reiste sich zu formidabilem Größe empor, „wird ihm immer sprechen wollen.“

„Und der Name des Herrn, bitte?“

„Schlesinger, Kommissionat Schlesinger, der Vertreter, mein und Agent Seines Exzellenz. Er ist die leitende Hand für alle vom Herrn Generalintendanten abzuhängenden Ereignisse — Ihr, Herr Kommissionat!“ Der Sprecher erhob sich jetzt aus dem Sessel, in dem er sich von jener Kreuz- und Querläufe ermudet, halbseitig niedergelassen hatte, ging dem bereits auf der Schwelle erscheinenden einige Schritte entgegen und reichte ihm die Hand. Pleißner bedeutete er gleichzeitig durch eine Kopfbewegung, das Zimmer zu verlassen.

Der Diener ging. „Berta Merle“ — der Name stand klar eingeprägt in seinem Gedächtnis. Auf der Schwelle der Tür murmelte er ihm verzerrt vor sich hin. Sold einen Verdruß wegen dieser elenden Ratte —! Den Fall wollte er nie merken.

Kanzleirat und Kommissionat hatten inzwischen Angst zu Angst wechselseitig Platz genommen. Jeder von ihnen schien gegen den andern etwas auf dem Herzen zu haben, keiner aber der das günstige Teil sein zu wollen.

Endlich, nach reichlichem Drucken, war es Herr Cornelius, der die Initiative ergreift, indem er bedeutungsvoll schüttelte und drohend den Zeigfinger gegen sein Mikrofon in Bewegung setzte.

Der Kanzleirat presste den Kinnloden.

„Wie plötzlich er heller schien in höchstmöglicher Tempoflage, und knallt, wie bei Beobachtungen immer, das rechte Auge zu.“

Wiederholtes Drohen des Kanzleirats.

„Ich verstehe nicht — Exzellenz etwa — etwa verständig gegen mich?“ Klammte Herr Schlesinger begeistert auf den Busch.

Der Kanzleirat zuckte die Schultern. „Grund hätte er — wegen des Kranls, dieses unglaublichen Kerls. Das wissen Sie doch selbst recht gut. Ihr Gewissen wird es Ihnen sagen.“

„Was heißt Gewissen?“

„Da die Kapellmeister und Regisseure außer sich sind, sollten es auch Exzellenz. Über der Bühne läuft, läuft ihm eben an die höchste Stelle, nur mal bei ihm im Bette haben, läuft ihm eben an die größte Unverschämtheit glauben, als an der Unschärfe des Herrn Vertrags zweifeln.“

Wie ein verwundenes Sächen: der Befriedigung hoffte es bei diesem Jagdzug über die Züge des Agenten. Trotzdem meinte er das Haupt, als wollte er ablehnen.

„Wie heißt unfehlbar? Ich bin's nicht, Sie sind's nicht, Exzellenz ist's nicht.“

In England wurde angekündigt, die Arbeiten der ausländischen Feindländer und anderer Typen von Kriegsschiffen insbesondere der leichten Kreuzer, einzustellen.

## Wirtschaftliches.

### Ablösungen zwischen Beamten und Angestellten.

Der Beschaffungsbehörde erkennt die gewerkschaftlichen Organisationen der technischen Bediensteten an, ist die ein gemeinsam eingetragene Dienstvertrag obligatorisch eingeführt werden soll. Mitte Februar sollen Anschließenschritte gewählt werden. Das Mindestgehalt für Angestellte wird auf 6000 für Rentnerdienst auf 7000 Mark festgelegt. Die am bereits ergebenen Gehaltsverhältnissen wollen als vorläufige Beispiele ab 1. Oktober 1918 nachgeschaut werden. Für die übrigen technischen Angestellten tritt eine ähnliche Gehaltsverhöhung ein. Außerdem ist für jeden Angestellten eine Lebensversicherung bis zur Höhe von 8000 Mark abzuschließen.

### Zur Ablösung der landwirtschaftlichen Maschinen.

Zur Ablösung der landwirtschaftlichen Maschinen wird unter Wirtschaftsleben doch nicht so läßtzen, wie es zuerst den Anschein hat. Von der landwirtschaftlichen Maschinenherstellung für das Land soll 50 Prozent abgelöst werden, so daß für die heimische Landwirtschaft immer noch genügend Maschinen zur Verfügung stehen werden. Eine einzige Firma hat sich erboten, die ganze von der Entente verlangte Lieferung bis zum 1. Juni allein fertigzustellen.

### Kurt Eisner und die Sozialisierung.

Ministerpräsident Eisner hielt in der ersten Sitzung des Sozialisierungsausschusses für Bayern eine Rede, in der er sich gegen die Ausschüsse gewisser radikaler Arbeiterkreise wendete und ausführte: Die Ausschüsse, daß die Demokratie die Einheit habe, die Umwandlung der Betriebe in unmittelbares Arbeitseigentum vorzunehmen; die Aufteilung, daß Bergwerke, Fabrikbetriebe unmittelbar aus der Hand der Unternehmer in die Hände der Arbeiter übergehen sollen, sei das Falschste, was man sich vorstellen könnte. Wenn das die Enthüllung wäre, das soziale Problem ist zu lösen, wäre es in der Tat sehr einfach. Denn eine gewisse Sozialisierung des Proletariats genügt, um sich die Produktionsmittel des Kapitalismus der Bergwerke anzueignen; die Arbeiter würden dann Herren dieser Betriebe mit Gewalt werden. Denkmolare die soziale Frage zwar gelöst, das sei aber nicht Sozialismus, sondern Materialkommunismus. So würde innerhalb des Kapitalismus nur ein Materialkommunismus vorkommen werden, und die Arbeiter würden nur so bald die Erfahrung machen, daß ihnen das nicht viel hilft. Diese neue Theorie wirkt bestürzend und verzerrt in der heutigen Gesellschaft, und der ganze Wissenschaft entstehe aus der Meinung, daß man eine soziale Gesellschaft aufbauen könne durch Gemeinschaft Arbeit. Die wirkliche Sozialisierung kann nur weltwirtschaftlich durchgeführt werden, eines anderen ist Utopie.

## 2. Bekanntmachung

### befreend den Verkauf von Nährgarn.

Zum 25. Januar ab 1. Februar 1919 darf Nährgarn auf Leinen für Nähgarn ausgesuchten Bezugssorten abgegeben und gewünschter werden und zwar auf jeder Bezugssorten eine Karte von 200 Metern zum Preise von 82 Pfennig.

Die Bezugssorten und Bezugssortenweile sind den Ausstellerinventuren abzugeben, von diesen zu jedem ersten Kaufjahr des Kaufhauses zu untersetzen und spätestens am 15. Februar 1919 an die Beauftragung des Landesverwaltungsamtes Königsberg, Rönnef. 69, abzuliefern unter Beifügung der vorgetragenen Übereinkunft.

Zur Abgabe von Nähgarn auf andere Bezugssortenweile und Bezugssortenwaren als die vorstehenden Maßnahmen, ist es ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.

Die aus früheren Veröffentlichungen bekannten Bezugssortenweile sind abzulegen. Wer ab Januar 1919 weiterhin auf Bezugssortenweile abzugeben wünscht, ist ebenso darum zu gebeten, daß Nährgarn auf Bezugssortenweile für Jänner oder Spätagen aus abgegeben werden.